

Liebe KriegsgegnerInnen,
liebe Freundinnen und Freunde,
wieder einmal kommen wir in Erinnerung des Tages zusammen, an dem tote deutsche KZ-Häftlinge in polnischen Uniformen im Grenz-Sender Gleiwitz abgelegt worden waren, um dann zu verkünden: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen“. Am 1. September 1939 marschierten nicht nur deutsche „Landser“ über die Grenze, den offiziell ersten Schuss gab die Marine ab, und der deutsche „Fliegerheld“ Wolfram von Richthofen, der schon an der Zerstörung von Guernica beteiligt war, befehligte die Flieger, die bereits zwischen 4 und 5 Uhr morgens am ersten Tag des 2. Weltkriegs das polnische Städtchen Wielun zu Staub und Asche bombardierten.

Schon ein Jahr zuvor waren die entscheidenden Weichen für die kriegerische Expansion Deutschlands nach Osten gestellt worden. Am 29. September 1938 stimmten Frankreich und Großbritannien im Münchner Abkommen der Besetzung des Sudetenlandes, seit 1918 Teil der Tschechoslowakischen Republik, durch Nazi-Deutschland zu. Am 10. Oktober wurde die Wehrmacht von jubelnden Deutschstämmigen empfangen. Hitlers erste Rede im Anschlussgebiet war ein triumphaler Erfolg.

Deutsche und tschechische Antifaschisten hatten schon in den letzten Monaten zuvor kaum noch unbehelligt über die Straße gehen können. Der aus Eger stammende Antifaschist Lorenz Knorr, vielen Friedensfreunden durch sein lebenslanges Engagement in der Anti-Kriegs-Bewegung gut bekannt, schätzt, dass sich 80 % seiner sudetendeutschen Landsleute unter Führung des Vorsitzenden der „Sudetendeutschen Partei“ Konrad Henlein an der Zerstörung der Tschechoslowakischen Republik beteiligten.

Sechs Monate nach der Abtrennung des Sudetenlandes marschierten deutsche Truppen in Prag ein. Unter deutscher Besatzung entstand ein slowakischer Vasallenstaat, dessen Regierung mit den Deutschen kooperierte. Der Rest des Landes wurde zum „Protectorat“ ernannt. Sofort begannen die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung und der Terror gegen alles und jeden, der sich den Faschisten in den Weg stellte. Der Name des Ortes Lidice, der nach dem Anschlag auf den Reichsprotector Heydrich mit der gesamten zivilen Bevölkerung ausgelöscht wurde, und Theresienstadt, der Vorhof zur Hölle der Vernichtungslager, stehen für die Verbrechen der Faschisten, die sich der Unterstützung der übergroßen Mehrheit der Sudetendeutschen sicher sein konnten.

Die Sowjetunion, durch einen Beistandspakt mit der CSR verbunden, hatte in den Vormonaten so intensiv wie vergeblich versucht, die Westmächte für ein Bündnis gegen den deutschen Expansionsdrang zu gewinnen. Sie blieb von den Verhandlungen ausgeschlossen und musste dem Ergebnis entnehmen, dass der Westen keinen Schlag zu rühren gedachte, so lange sich die deutsche Kriegsmaschinerie gegen den Osten wandte. Der Hitler-Stalin-Pakt war die Konsequenz, die sie aus dieser Erfahrung zog.

So war auch der Überfall auf Polen für Nazi-

Deutschland und seine Wehrmacht eine risikoarme Operation. Knapp einen Monat nach Kriegsbeginn ist Warschau besetzt. Und auch in Polen wurde das gesamte Terror- und Vernichtungsprogramm vom ersten Tag an umgesetzt. Und wo immer Einwohner aus ihren Häusern, Dörfern, Städten unter Zurücklassung von Hab und Gut deportiert worden waren, zogen deutsche Volksgenossen ein und eigneten sich an, was sie vorfanden.

Kann es ernsthaft jemanden verwundern, dass nach dem Leid, das die deutschen Herrenmenschen über ihre Mitmenschen gebracht hatten, keiner sie mehr in seiner Nachbarschaft haben wollte? Die Aussiedlung der Deutschen aus den Ländern, die erfahren hatten, was es hieß, wenn „am deutschen Wesen die Welt genesen“ sollte, war die unmittelbare Konsequenz der Gräueltaten, für die sie mit verantwortlich waren und von denen nicht wenige profitiert hatten.

Wenn nun in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ entsteht, in dem die Aussiedlung dieser mittelbaren und unmittelbaren Täter in eine Reihe mit den Opfern des Vernichtungskriegs und des Holocaust gestellt wird, hat das mit „Lehren aus der Geschichte“ nichts zu tun.

Mit „Lehren aus der Geschichte“ haben auch andere aktuelle Positions- und Stellungnahmen wenig zu tun. Dazu gehören Äußerungen der baltischen Ministerpräsidenten, die die russische Intervention in den von Georgien „abtrünnigen“ Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien mit dem Einmarsch der Wehrmacht ins Sudetenland vergleichen und ihre NATO- und EU-Mitgliedschaft – die ja schon de facto der alten Einkreisungsstrategie gegenüber der damaligen Sowjetunion entspricht – nutzen, sich als „Frontstaaten“ des demokratischen Europa gegen ein angeblich expansionistisches Russland zu gerieren und Kalter-Kriegsszenarien herbei halluzinieren.

Halten wir dem gegenüber fest: Es war der georgische Präsident Saakaschwili, der Truppen nach Süd-Ossetien schickte und die Hauptstadt Zchinwali bombardieren ließ. Bundeskanzlerin Merkel reagierte prompt und bot Georgien die sofortige NATO-Mitgliedschaft – und damit militärischen Beistand – an. „Mit großer Sorge“ sieht die Kanzlerin die Beschlüsse des russischen Parlaments zur Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Süd-Ossetien. Das sei gegen die internationalen Verträge und gefährde die territoriale Integrität Georgiens. Hört, hört. ...

Weltweit war die Bundesrepublik Deutschland immerhin das erste Land, das die Unabhängigkeit Georgiens von der Sowjetunion anerkannte. Über die Rolle sämtlicher Bundesregierungen und ihrer Außenminister bei der Zerschlagung Jugoslawiens muss ich hier nicht sprechen. Soviel immerhin: Am 19. Februar des Jahres war in FAZ-net zu lesen: „Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovos wird in aller Welt beachtet. FAZ-Auslandskorrespondenten erklären, wer darin einen Präzedenzfall sehen will und wo die Causa Kosovo zu neuen Konflikten führen könnte.“ Nach dem Baskenland, von Un-

garn bewohnten Gebieten in Rumänien und Slowakien sowie Zypern folgen Abchasien und Süd-Ossetien. FAZ-net spricht von einer bereits zu Beginn der 90er Jahre erfolgten Abspaltung und den „De-facto-Präsidenten“ beider Staaten, die die internationale Anerkennung fordern und insbesondere nun die Voraussetzung sehen, wenigstens von Russland anerkannt und Mitglieder der Russischen Föderation werden zu können. Damals wies Putin das noch zurück.

Damals hatten die USA in Polen erst angefragt, ob sie dort „Patriot“-Raketen stationieren können. Nun ist der Vertrag seit dem 14. August unterzeichnet. Damals war die südliche Einkreisung Russlands durch die NATO noch Möglichkeit. Seit dem Gipfel in Bukarest im April diesen Jahres ist sie mit dem in Aussicht genommenen NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens fest geplant.

Die USA betreiben zusammen mit den östlichen „Beitrittsländern“ offene Konfrontation gegen Russland. Deutschland und Frankreich haben andere geostrategischen Interessen: Über Georgien und Aserbeidschan wollen sie an die Energiereserven des Kaspischen Raumes und Kasachstans gelangen. Auch da stört es, wenn Russland noch „ein Bein“ in der Region hat. Russland kämpft um seine Position in Weltwirtschaft und Politik.

Wir meinen: Die territoriale Integrität von Staaten zu schützen und zu respektieren, ist eine notwendige Grundlage jeder stabilen Friedensordnung. Sie ist geltendes Völkerrecht. Dies wurde von den NATO-Staaten in Jugoslawien Beispiel gebend außer Kraft gesetzt. Internationale Vereinbarungen machen nur dann einen Sinn, wenn sie für alle gelten. Das heißt dann auch: Schluss mit der „Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch“ und anderswo und das fängt nicht erst bei den militärischen Interventionen an.

In diesem Sinne: Bundeswehr 'raus aus Afghanistan!
Schluss mit der Aufrüstung für weitere Interventionen!